

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(53. - öffentliche - Sitzung am 8. Juli 2020)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung niedersächsischer Rechtsvorschriften aus Anlass der COVID-19-Pandemie**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6482](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP, AfD

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordneten-gesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6831](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:**

Organstreitverfahren der Fraktion der AfD im Niedersächsischen Landtag u. a. gegen die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages wegen Verletzung des Demokratieprinzips (Art. 2 Abs. 1 NV), des Rechts auf effektive Kontrolle der Landesregierung (Art. 7 NV), des Rechts der freien Mandatsausübung (Art. 12 NV) und des Rechts auf Chancengleichheit in Parlament und Öffentlichkeit (Art. 19 Abs. 2 Satz 1 NV) (Erlass „Ordnung zu technischen Aufzeichnungen im Plenarsaal des Niedersächsischen Landtages“) - StGH 5/20

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Europabezuges in der Landesverfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6816](#)

Der - federführende - Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen und den Ausschuss über vergleichbare Regelungen in den Verfassungen der anderen Bundesländer zu unterrichten.

5. a) **Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1521](#)

b) **Kriminelle Familienclans in Niedersachsen konsequent bekämpfen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6761](#)

Der - federführende - Ausschuss bat die Landesregierung, den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über den Sachstand zu unterrichten. Den Mitgliedern des Ausschusses für Inneres und Sport soll anheimgestellt werden, an dieser Unterrichtung teilzunehmen.

6. **Corona-App - Mit Begleitgesetz echte Freiwilligkeit und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6815](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Ferner bat der Ausschuss den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sowie den Unterausschuss „Verbraucherschutz“, zu dem Antrag im Hinblick auf den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bzw. im Hinblick auf den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern Stellung zu nehmen.

7. a) **Wir stehen in der Pflicht - Kindesmissbrauch wirksam bekämpfen, Verjährungsregel aufheben**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6817](#)

b) **Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen - Präventionsarbeit verbessern, Täter konsequent verfolgen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6824](#)

Der Ausschuss lehnte den Antrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP, zu den Anträgen eine schriftliche Anhörung durchzuführen, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD ab.

Der Ausschuss kam überein, die Beratung der beiden Anträge mit der Beratung des Antrages der Fraktion der FDP in [Drs. 18/1533](#) und des dazu in Vorlage 1 vorliegenden Änderungsvorschlages der Fraktion der FDP zu verbinden.

Er bat die Landesregierung, den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über den Sachstand zu unterrichten.

8. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020
(Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/6800](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch.

Er schloss sich der Empfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an den Landtag an, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die gegenwärtige COVID-19-Pandemie stellt eine außergewöhnliche Notsituation dar, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

Zur Bewältigung dieser außergewöhnlichen Notsituation entsteht ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Haushalt des Landes, zu dessen Deckung eine Kreditaufnahme in Höhe von 7 361 000 000 Euro erforderlich ist. Deswegen darf der Haushalt des Landes im Haushaltsjahr 2020 abweichend von Artikel 71 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung durch zusätzliche Einnahmen aus Krediten in Höhe von 7 361 000 000 Euro ausgeglichen werden.

Die aufgrund dieses Beschlusses aufgenommenen Kredite sind in einem Zeitraum von 25 Jahren, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2024, zu tilgen. Die Tilgungsbeträge der Haushaltsjahre 2024 und 2025 betragen zusammengenommen 1/24 des zu tilgenden Gesamtbetrages der Kredite, die bis zum 31. Dezember 2022 aufgenommen wurden; dabei entfällt auf das Haushaltsjahr 2024 ein Betrag von 100 000 000 Euro. In den Haushaltsjahren 2026 bis 2048 ist der verbleibende Restbetrag in gleichmäßigen Teilen zu tilgen.

Dieser Beschluss ersetzt den Beschluss des Landtages nach Artikel 71 Abs. 4 Satz 2 der Niedersächsischen Verfassung vom 25. März 2020 ([Drs. 18/6160](#)).“

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD
Enthaltung: -

Der Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD
Enthaltung: -

b) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2020**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/6810](#)

Der Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

9. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Entschädigungen für Maßnahmen nach dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) - Niedersächsisches Infektionsschutz-Entschädigungsgesetz (NInfEntschG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6266](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: GRÜNE, AfD

10. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren bzgl. der Veröffentlichung von Erlassen des MJ zum Umgang mit dem Coronavirus**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.